



68ER_INNEN

Was wir wollten, was draus wurde

Die Ruheständler_innen organisierten eine Veranstaltung zur Rückschau auf die Student_innenbewegung

Knapp 200 Interessierte folgten der Einladung der ‚Personengruppe der Ruheständler_innen‘ unseres Landesverbandes, vormals schlicht: Betriebsgruppe. Der Graufaktor der Haarpracht, soweit noch vorhanden, zeigte, dass die allermeisten in irgendeiner Form in den Jahren des Aufbruchs – so darf man es wohl nennen – dabei gewesen waren.

Wobei man differenzieren muss: es gibt die eher kleine Gruppederer, die von Anfang an dabei gewesen sind, datiert auf das Jahr 1967 oder noch etwas früher und diejenigen, die die übergroße Mehrheit bildeten, die vornehmlich zu Beginn und während der 1970er Jahre politisiert wurden.

Ich gestehe, dass ich skeptisch war. Zu groß schien mir

die Gefahr, dass das Ganze in Nostalgie und Selbstbeweihräucherung enden könnte. Aber ich hatte zugesagt, Fotos zu machen. Im Nachhinein hat man an mich die Bitte herangetragen, einen Bericht über den Nachmittag zu verfassen. Der muss notwendig lückenhaft bleiben, weil ich in die einzelnen Arbeitsgruppen (s. Kasten) naturgemäß immer nur sprunghaft Einblick nehmen konnte. Somit ist das, was ich berichte, zwar sehr ausschnitthaft, aber dafür ergänzt durch manchen Gedanken, der mir in diesem Zusammenhang durch den Kopf gegangen ist.

Eine ausführliche Darstellung dessen, was in den einzelnen AGs stattgefunden hat, bleibt einem Schwerpunkt in unserer nächsten Ausgabe vorbehalten. Wenn dann vielleicht nicht jeder, aber zumindest einige der

Dazu traf man sich in Arbeitsgruppen

- Universität – damals und heute
- Internationale Befreiungsbewegungen – damals und heute
- Die Rolle der Frauen während der Student_innenbewegung
- 1968 – wichtig für mein Leben
- Der Generationenkonflikt – Abgrenzung von den Eltern
- GEWerkchaft im Wandel – Student_innen beweg(t)en GEWerkchaften
- Aufbruch bei den Lehrlingen
- Kinderladenbewegung und antiautoritäre Erziehung
- Filmdokumente zur Student_innenbewegung

Berichte auf aktuelle Fragestellungen verweisen, so ist zu hoffen, dass diese dann nicht nur Denkanstöße liefern, sondern auch Kontroversen auslösen, die die aktuelle politische Debatte beflügeln.

Beflügelt fühlte man sich bereits durch den einleitenden Beitrag von Knut Nevermann, Sohn des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters in jenen Jahren (1961-1965) und in seiner beruflichen Karriere an verschiedenen politischen Schaltstellen verantwortlich tätig. Er zeichnete ein sehr authentisches Bild der damaligen Stimmung im politisierten Berliner studentischen Milieu. Es sind dann nicht so sehr die historischen Daten, die ja den Beteiligten mehr oder weniger bekannt waren, die seinen Vortrag so lebendig erscheinen ließen, als vielmehr die Rollenkonflikte, die er als Sohn eines hochgestellten Politikers durchlebt hat. Es war nachvollziehbar, dass das Geschäft des Oppositionellen nicht einfacher wird, wenn man das Gegenüber aus anderen Zusammenhängen persönlich kennt. Überzeugend wirkten seine Ausführungen vor allem an den Stellen, an denen er den unglaublichen kulturellen Mief der Adenauer-Ära beschrieb bei gleichzeitigem Aufzeigen der



Knut Nevermann – differenziert und noch immer sehr engagiert in der Sache

Dimension der quasi nicht stattgefundenen Entnazifizierung in Justiz und staatlicher Verwaltung, aber eben auch in der Wissenschaft. Und so notwendig und berechtigt aller Protest auch sein mochte, so unheilvoll waren Entwicklungen, die die meisten der aktiv Beteiligten – aus der Rückschau betrachtet – nicht mit der notwendigen Distanz und Kritik begegneten. Konkret: Das, was sich zunächst noch als abstrakte Gewaltfrage abhandeln ließ, wurde rasant brisanter, als man mit dem Auftreten der RAF gefordert war, Stellung zu beziehen. Hier sei man, so Nevermann, wenn man sich denn überhaupt distanziert habe, nicht nur

zu zaghaft in der Kritik gewesen, sondern habe, wenn man sich weggeduckt habe, seine gesellschaftliche Verantwortung nicht genug wahrgenommen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, geleitet von Margret Bülow-Schramm, die als Hochschullehrerin 40 Jahre lang die Ereignisse an der Uni aus nächster Nähe begleitet hat, waren die Rollen klar verteilt. Die Studentin und noch vor kurzem Asta-Vorsitzende Franziska Hildebrandt sieht die aktuellen Auseinandersetzungen in klarer Nachfolge dessen, was die 68er auf den Weg gebracht haben. Diese wiederum sieht sie in einer Linie mit den humanistisch geprägten Zielen der Elterngeneration, die aus ihren unmittelbar aus den Kriegserfahrungen resultierenden Schlussfolgerungen demokratisches, der Aufklärung verpflichtendes Recht schufen. Dazu gehörten die Deklaration der Allgemeinen Menschenrechte, aber zu nennen sei in diesem Kontext auch die Schaffung internationaler Organisationen wie die UNO, die ihrem Anspruch nach der Völkerverständigung und damit dem Frieden diene.

Christa Sager, ehemalige grüne Wissenschaftssenatorin in Hamburg, studierte in den 1970er Jahren an der Hamburger Uni, politisierte sich aber bereits 1968 im Zusammenhang mit den



Moderatorin Margret Bülow-Schramm wollte wissen, wie sich 68 damals anföhlte und welche Konsequenzen das damalige Handeln heute gesellschaftspolitisch habe



Franziska Hildebrandt zog eine Verbindung zwischen 1945-1968 und heute

Protesten der Schüler_innen und Student_innen in Bremen gegen Fahrpreiserhöhungen. Sie legte den Fokus ihrer Argumentation auf den Kulturwandel: Vor 68 habe es – so ihre Wahrnehmung – eigentlich nur Familie gegeben. Die Vorstellung, dass man gesellschaftliche Verantwortung trage und daraus das Handeln abzuleiten sei, wurde quasi neu in die Welt getragen. Aus der Rückschau betrachtet sei man zwar an vielen Stellen, insbesondere was die Kritik an demokratischen Institutionen betreffe, über das Ziel hinaus geschossen, allein dadurch habe sich aber im öffentlichen Bewusstsein etwas geändert. Der damals gängige Verbalradikalismus sei mit einer Art Selbstüberhöhung einhergegangen, was sie heute durchaus kritisch sehe. Dazu gehöre die Relativierung von Menschenrechten im Namen einer Ideologie genauso wie die Missachtung oder Geringschätzung rechtsstaatlicher Prinzipien. Gerade im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Angriffen von rechts sei es notwendig, die zivilgesellschaftlichen Fortschritte und grundgesetzlichen Garantien zu verteidigen, so die ehemalige Senatorin.

Der einzige vom Alter her – neben Nevermann – ‚echte‘ 68er gab sich als advocatus diaboli.

Der ehemalige Rektor der Uni Oldenburg, Michael Daxner, der die ‚Zeit des Aufbruchs‘ als junger Wissenschaftler in Wien verbrachte, vertrat die These, dass man das, was allgemein als demokratische Errungenschaften bezeichnet wird, auch ohne die 68er oder gar besser ohne diese erreicht hätte. Seine These: Der radikale Anspruch in Richtung völliger Verweigerung mancher linker Gruppen in den 1970er Jahren, habe die Reintegration der Student_innen ins System beschleunigt. Auch was die Fokussierung auf den Gegensatz von Kapitalismus/Sozialismus angehe, so sei er – genährt von seinen frühen Erfahrungen des Stalinismus im Zusammenhang mit der Niederschlagung der Volksaufstände in Ungarn oder eben 1968 in Prag, wo er Zeitzeuge gewesen sei – schon frühzeitig kuriert gewesen von dem Gedanken, dass die Systemfrage das Entscheidende sei. Insofern sei auch heutiger Protest, wenn er von „linkem Gebrabbel“ begleitet wird, eher kontraproduktiv.

Was für ihn die Errungenschaften der 68er Bewegung ausmache, sei die immer noch virulente Frage: Wie wollen wir leben? Dass sich in diesem Kontext die größten Veränderungen – namentlich in Bezug auf die



Für Michael Daxner wird zu viel schöngeredet

Sexualmoral – eingestellt hätten, sei nicht zuletzt, weil entideologisiert, unbestritten.

Abgesehen von diesem Beitrag, der so manche Frage warf, die u.a. aus Zeitgründen nicht gestellt werden konnte, waren die Beiträge der anderen Podiumsteilnehmer_innen zwar



Christa Sager mahnte vor zu viel Selbstgerechtigkeit und rief dazu auf, die zivilrechtlichen Errungenschaften zu verteidigen

– gerade wenn es um die Schilderung ganz persönlicher Erlebnisse ging – durchaus interessant, aber in weiten Teilen gaben sie wohl die Meinung des Publikums wieder; jedenfalls konnte die anschließende Diskussion im Plenum Widersprüche nicht zuspitzen oder gar neue Aspekte hinzufügen. Das heißt, man war sich einig, dass 68 die Zeit des kulturellen Umbruchs markiert, der die Nachkriegsperiode beendete, die äußerlich vom Willen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und innerlich vom Verdrängen der Nazivergangenheit gekennzeichnet war. Beides wurde durch die 68er infrage gestellt. „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ als Äußerung des Protests gegen das, was der Kapitalismus als Segen bereit hielt, „Traut keinem über 30“ als Beginn einer Auseinandersetzung mit einer Täter_innengeneration, die es versäumt hatte, sich ihrer Vergangenheit zu stellen.

Beides hat deutliche Spuren bis in die Gegenwart hinterlassen, ja beherrscht aktuell einen Teil der öffentlichen Debatte. Wenn ein Alexander Dobrindt (CSU) eine konservative Wende fordert oder gar von der Notwendigkeit einer konservativen Revolution spricht (s. Kasten), dann ist das nicht nur eine Reaktion auf die schlechten Wahlergebnisse seiner Partei, sondern der Versuch, über Jahrzehnte ideologisch verloren gegangenes oder verloren geglaubtes Terrain zurückzuerobern. Wenn die AfD Schüler_innen dazu auffordert, missliebige Meinungen von Lehrkräften an sie zwecks Weiterleitung an die Behörde zu melden, dann ist dies gleichzeitig der Versuch, diese zu diskreditieren und einzuschüchtern. Dabei gibt es durch das Kontroversitätsgebot eine klare Weisung, die Indoktrination unterbindet oder zumindest erschwert. Wo bitte gab es denn vor 68 die Kultur in der Schule, dass die Lehrkraft unterschiedliche Meinungen ins Zentrum des Unterrichts stellte? Wahrscheinlich geht es den meisten wie mir, wenn sie diese Zeit auch als Schüler_in erlebt haben: So etwas gab es nicht! D.h., das, was wir heute als

Wer hat das Sagen?

In einem Essay für die Tageszeitung „DIE WELT“ hält Alexander Dobrindt ein Plädoyer „Für eine bürgerliche Wende“. Darin schreibt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag: „Fünfzig Jahre nach 1968 muss endlich klar sein: Unser Land war nie links, sondern immer bürgerlich. (...) Auf die linke Revolution der Eliten folgt eine konservative Revolution der Bürger. Wir unterstützen diese Revolution und sind ihre Stimme in der Politik.“ Linke Aktivist_innen hätten nach 1968 den Marsch durch die Institutionen ausgerufen und sich seitdem Schlüsselpositionen in Kunst, Kultur, Medien und Politik gesichert. „Sie wurden zu Meinungsverkündern, selbst ernannten Volkserziehern und lautstarken Sprachrohren einer linken Minderheit. Die 68er waren dabei immer eine Elitenbewegung“, schreibt Dobrindt in der WELT am 3.1.2018

Man muss davon ausgehen, dass Dobrindt in Hinblick auf die Verwendung des Begriffs ‚konservative Revolution‘ genau weiß, auf wessen Spuren er dort wandelt. Es sind jene, die als völkisch-nationalistische Apostel bereits vor dem ersten Weltkrieg einen patriarchalisch elitären Chauvinismus predigten und danach zu denen gehörten, die die Dolchstoßlegende in die Welt setzten, um damit den Eindruck zu vermitteln, die „Novemberverbrecher“, also die republikanischen Kräfte der Weimarer Republik, seien schuld an der Niederlage. Diese Tradition – ihrem Wesen nach zutiefst undemokratisch – setzte sich nach dem zweiten Weltkrieg fort. Bis heute gehört dazu, die Kriegsschuld zu leugnen und den Holocaust zumindest zu relativieren. JG

selbstverständlich ansehen, was vor allem die Grundlage demokratischen Denkens ist, wird von konservativ-reaktionären Kräften aktuell infrage gestellt.

Bei aller Bereitschaft zur

Selbstkritik was einzelne Vorgehensweisen angeht, bei aller selbstkritischen Betrachtung in Hinblick auf damalige Einschätzungen wie insbesondere die Haltung gegenüber sich sozialistisch nennenden Staaten oder Befreiungsbewegungen, bleibt es doch das Verdienst der 68er_innen, den Auftrag und den Geist dessen, was Demokratie meint, mit Leben gefüllt zu haben. Die Anwesenden waren sich einig darin, hierzu einen Beitrag geleistet zu haben. Wenn es denn stimmen sollte, was Dobrindt den 68er_innen nachsagt, sie besäßen die Meinungsvorherrschaft (s. Kasten oben), dann sollten alle, die das emanzipatorische Erbe für schützenswert bzw. ausbaufähig halten, dazu beitragen, dass dies auch so bleibt bzw. geschieht.

JOACHIM GEFFERS



Der Rock'n Roll gehörte damals wie auch an diesem Abend dazu. Die Lehrer_innenband der Erich-Kästner-Schule heizte ein